

Zivilverwaltung, wo Ersparnisse an Beamten reichlich überkompensiert werden müssen durch die Notwendigkeit einer von der nachhaltigen Teuerung erforderten Aufbesserung der Beamtenehalte, eine Notwendigkeit, die die Regierungen in Kriege durch die Gewährung von Gehaltszulagen an Staatsbeamte anerkannt haben. Eine vorsichtige Schätzung führt, wenn dieser Krieg in einigen Monaten zu Ende geht, zu einem jährlichen Mehrerfordernis der Staatswirtschaft im Deutschen Reich von etwa 6 Milliarden Mark, in Österreich-Ungarn $4\frac{1}{2}$ bis 5 Milliarden Kronen. Was das zu bedeuten hat, zeigt ein Blick auf den Umfang der Staatseinnahmen vor dem Krieg. Das Deutsche Reich und die Bundesstaaten nahmen aus Steuern und Zöllen (also ohne Staatsbetriebe) nicht ganz 3 Milliarden Mark, Österreich-Ungarn rund 2·3 Milliarden Kronen ein. Beiden Reichen ist somit die Aufgabe gestellt, ihre Steuern ungefähr auf das Dreifache des Friedensbetrages zu steigern. Wie vielen ist die unermeßliche Tragweite dieser Ziffern für die ganze künftige politische, soziale und wirtschaftliche Zukunft bewußt geworden? *)

Die wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen einer solchen Umwälzung der Staatswirtschaft seien hier nur angedeutet. Sie näher zu beschreiben und zu begründen, müssen wir uns hier versagen, um nicht den Rahmen dieser Arbeit zu sprengen. Rein privatwirtschaftlich betrachtet heißt Verdreifachung der (direkten und indirekten) Steuern, daß jedermann von seinem Arbeitsertrag das Dreifache von dem abgeben muß wie früher. Das wird bei jeder direkten Steuer unmittelbar sichtbar und äußert sich bei indirekten in einer Verteuerung

*) Schon hier sei bemerkt, wie naiv angesichts solcher Finanzprobleme die in der Diskussion der Zollunion immer wiederkehrende Sorge um die Aufteilung gemeinsamer Zolleinnahmen und die Gefahr eines Ausfalles an Zolleinnahmen erscheinen muß.